

BÖNNIGHEIMER ZEITUNG

75 JAHRE
1949 – 2024

Mittwoch, 4. Dezember 2024
49. Woche / Nummer 281
Euro 2,60
www.boennigheimerzeitung.de

SÜDWEST PRESSE Partner für den Landkreis Ludwigsburg · Unabhängiges und überparteiliches Presseorgan · ENZ- UND METTER-BOTE · BIETIGHEIMER TAGBLATT

Aus Stadt und Kreis



Feintool schließt den Standort Sachsenheim

Sachsenheim. Der Schweizer Konzern stellt die Fertigung bis 2027 ein, dafür soll der Standort Vaihingen wachsen. Insgesamt fallen 200 Arbeitsplätze weg.
Aus Stadt und Kreis Seite 7

Kreishaushalt belastet auch die Kommunen

Kreis Ludwigsburg. In der Sitzung des Verwaltungsausschusses ging SPD-Kreisrat und Oberbürgermeister Jürgen Kessing aus Bietigheim-Bissingen so weit, den Haushalt zu verschieben.
Aus Stadt und Kreis Seite 8

Fabian Helwig will zum 24-Stunden-Rennen

Bietigheim-Bissingen. Fabian Helwig aus Bietigheim-Bissingen will den Sprung vom Simulator auf die echte Rennstrecke wagen. Sein Ziel: Das 24-Stunden-Rennen auf der Nordschleife.
Aus Stadt und Kreis Seite 9

Das Wetter

im Südwesten



Die Region online

Wie läuft der Tag in Bietigheim-Bissingen, in Bönningheim, Sachsenheim und der Region Ludwigsburg?

Alle Nachrichten gibt es zu jeder Zeit im Internet unter

bietigheimerzeitung.de
und auf **Facebook**

Die Region auf einen Blick – schnell, informativ und unterhaltsam.

BIETIGHEIMER SACHSENHEIMER BÖNNIGHEIMER ZEITUNG

So erreichen Sie uns:

Leserservice/Abo-Hotline

Montag – Freitag, 7.30 – 16.00 Uhr
Samstag, 7.30 – 10.00 Uhr
Telefon 07142 / 403-231
Fax 07142 / 403-122
leserservice@bietigheimerzeitung.de

Anzeigen-Hotline

Telefon 07142 / 403-555
Fax 07142 / 403-125
anzeigen@bietigheimerzeitung.de

Picker-Hotline

Telefon 07142 / 403-261

Redaktion

Telefon 07142 / 403-410
Fax 07142 / 403-128
redaktion@bietigheimerzeitung.de

Kundencentar Öffnungszeiten

Montag – Freitag, 9.00 – 13.00 Uhr

Druck- und Verlagsgesellschaft Bietigheim mbH

Kronenbergstraße 10
74321 Bietigheim-Bissingen
www.bietigheimerzeitung.de



4 195295 402601



Kriegsrecht in Südkorea

Menschen versuchen, in die Nationalversammlung in Seoul zu gelangen, Polizisten halten sie zurück. Der Präsident Südkoreas, Yoon Suk Yeol, hat

vorübergehend das Kriegsrecht ausgerufen. Er beschuldigte die Opposition, mit Nordkorea zu sympathisieren und kündigte an, „anti-staatliche Elemente zu eliminieren“.

Am Abend hob der Präsident das Kriegsrecht auf. Foto: Lee Jin-man/dpa
Politik

Kommentar

Guido Bohsem
zur Haushaltslage
in Frankreich



Es droht eine Katastrophe

Die aktuelle Gretchenfrage in der deutschen Politik lautet: Nun sag', wie hast du's mit der Schuldenbremse? Kaum jemand aus dem politischen Betrieb glaubt noch ernsthaft daran, dass die im Grundgesetz vorgeschriebene Auflage, nicht zu viele Kredite aufzunehmen, die nächste Legislaturperiode übersteht.

Zu groß scheinen die Aufgaben – Verteidigung, Infrastruktur, Digitalisierung, Energiewende. Bezeichnend ist, dass die größten Befürworter einer Reform der Schuldenbremse auch immer wieder darauf verweisen, wie viel besser die Konjunktur in anderen Ländern läuft, wo man Zins und Zinseszins auf längst vergessene Kredite weitaus weniger fürchtet, in Frankreich zum Beispiel.

Dass Premierminister Michel Barnier nur deshalb harte Kürzungen im Sozialbereich vorlegt, oder vorlegen muss, weil die französische Staatsverschuldung nach den europäischen Regeln viel zu hoch ist, unterschlagen die Möchtegern-Schuldenmacher.

Gelänge es ausgerechnet Frankreich nicht, die gerade erst reformierten Regeln des Stabilitäts-Pakts einzuhalten, wäre das eine Katastrophe. Dafür riskiert Barnier sein Amt.

Regierung droht Sturz

Frankreich Linksbündnis und Rechtsextreme stellen Anträge.

Paris. Nach Misstrauensanträgen gegen die Regierung haben in Paris Spekulationen über eine Nachfolge von Premier Michel Barnier eingesetzt, sollte einer der Anträge am Mittwoch im Parlament Erfolg haben. Im Streit um den Haushalt hatten sowohl das Linksbündnis als auch das rechte Rassemblement National am Montagmittag Misstrauensanträge gegen den konservativen Premier Barnier eingereicht. Wirtschaftsminister Antoine Armand warnte vor den wirtschaftlichen Risiken eines Regierungsturzes. dpa
Kommentar

Bürger im Land stehen hinter hohen Ausgaben für Kultur

BaWü-Check Dass der Staat Geld für Theater und Co. ausgibt, wird nur wenig hinterfragt. Im Zweifel halten die Menschen andere Dinge aber für wichtiger. Von Jürgen Kanold

Sehr viel Geld wird das Land in den nächsten Jahren für die Sanierung nicht zuletzt der Staatsoper Stuttgart und der Badischen Staatstheater ausgeben. Fast die Hälfte der Bürger, 45 Prozent, findet das richtig, da diese Einrichtungen „Aushängeschilder für Kunst und Kultur in Baden-Württemberg“ seien. 34 Prozent sind dagegen: In Zeiten knapper Kassen sollte bei Kunst und Kultur eher gespart werden. 21 Prozent sind

unentschieden. Das ist das Ergebnis des aktuellen „BaWü-Checks“, der repräsentativen Umfrage im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage. Sehr uneinheitlich fällt das Meinungsbild dazu aus, ob das Land mehr Geld ausgeben sollte für Kunst und Kultur: Jeder Vierte wünscht sich das, 20 Prozent fin-

den, dass hier gespart werden sollte, 30 meinen, dass der Staat ausreichend Geld gibt. Jeder Vierte enthält sich.

Die Befragten setzen aber klare Prioritäten bezüglich ihrer Erwartungen an den Staat: Den größten Investitionsbedarf sehen sie bei Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäusern (93 Prozent), eher mehr Geld sollte auch für die Ausstattung von Schulen (91 Prozent) oder der Polizei (79 Prozent) ausgegeben werden. Eher sparen sollte Baden-Württemberg im Zweifelsfall bei Kultureinrichtungen (63 Prozent) oder großen Bauprojekten (75 Prozent). Eine Mehrheit (58 Prozent) ist aber der Meinung, dass der Staat Ein-

trittskarten von Kultureinrichtungen bezuschussen sollte, 39 Prozent empfinden die Ticketpreise als zu hoch.

Die Kultur hat einen festen Platz im Leben vieler Menschen. Das Interesse an Kunst und Kultur hängt aber stark von der Schulbildung ab. 78 Prozent der Menschen mit einer höheren Schulbildung gaben an, sich „sehr“ oder „etwas“ dafür zu interessieren. Bei Menschen mit einfacher Schulbildung waren es nur 51 Prozent; 10 Prozent interessieren sich „sehr“ dafür.
Fuilleton

Eltern fordern schnelles G9 für alle

Bildung Eine Initiative im Südwesten will mit einem Volksantrag den Druck erhöhen.

Stuttgart. Mit einem neuen Volksantrag will eine Elterninitiative in Baden-Württemberg erreichen, dass alle Kinder an Gymnasien in neun Jahren das Abitur machen können, wenn sie das wollen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf reichte die Initiative beim Landtag ein. Ziel ist, dass auch ältere Schülerinnen und Schüler am Gymnasium so bald wie möglich zwi-

schen G8 und einem um ein Jahr gestreckten Bildungsgang wählen können. „Die Eltern im Land fordern nach wie vor vehement eine Lösung für die laufenden G8-Klassen“, sagte Marita Raschke, eine Initiatorin.

Die grün-schwarze Koalition hatte sich darauf geeinigt, dass die Gymnasien im Land zum Schuljahr 2025/2026 wieder zu G9 zurückkehren sollen. Die

Einführung ist aber schrittweise geplant, zum Start sollen nur die Klassen fünf und sechs umstellen. Ältere Schüler würden also nicht profitieren.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) erteilte den Forderungen der Eltern eine klare Absage. Man habe dieses Ansinnen bereits geprüft und besprochen. „Es ist nicht sinnvoll. Das ist nun wirklich sorg-

fältig geprüft worden, und wir sind zu diesem Ergebnis gekommen.“ Die Eltern hatten für ihre Forderung bereits ein Volksbegehren eingereicht. Dem hatte das Innenministerium eine Absage erteilt, eine Klage der Eltern dagegen ist noch beim Verfassungsgerichtshof anhängig. Weil sich die Klage hinziehe, habe man beschlossen, einen neuen Anlauf zu nehmen. dpa

Der Weihnachtspullover des Kollegen

Der heimliche Star jeder Weihnachtsfeier ist nicht der Kartoffelsalat, der sich auf dem Teller an die Bockwurst schmiegt. Viel eher ist es der Weihnachtspullover. Einst ein Symbol des schlechten Geschmacks, erlebt er seit einigen Jahren eine Renaissance.

Da leuchten Rentiere mit LED-Nasen, Schneemänner in Neonfarben und Weihnachtsbäume im Comicstil auf feinstem Polyester. Sie sind heutzutage erhältlich bei allen großen Bekleidungsketten, und sie verleihen dem Fest einen ironi-

schon Unterton: Je schräger, desto besser.

Doch gerade in dieser Grauzone des Styles entfaltet der Weihnachtspullover seine wahre Magie. Er bricht das Eis, sorgt für Gesprächsstoff und kaschiert so manch andere Geschmacksverirrung. Und mit etwas Glück sieht man sogar die liebsten Kollegen solche Schätze tragen. Da kann die Weihnachtsfeier im Industriebetrieb noch so trist und der Glühwein noch so geschmacklos sein: Der

Anblick der Liebsten aus der Arbeitswelt in einem dieser Pullover lässt den Stress des Jahres wie weggeblasen erscheinen.

Und am Ende des Abends, wenn die Lichter ausgehen, die Kollegen selig glotzen, die letzten Töne von Mariah Careys „All I want for Christmas is you“ erklingen sind, bleibt ein Gefühl der Gewissheit zurück: Weihnachtsfeiern sind wie Weihnachtspullover. Sie sind nervig und kitschig, aber irgendwie liebenswert. Karl Baptist



FOTO: JAMES MANNING/PA WIRE/DPA

Börse Dax erstmals über 20.000

Frankfurt/Main. Der Deutsche Aktienindex hat erstmals den Wert von 20.000 Punkten überschritten. Am Dienstagvormittag legte der Dax an der Frankfurter Börse, der die größten 40 börsennotierten Firmen vereint, um 0,43 Prozent zu und landete damit bei 20.019 Punkten. Schon am Montag hatte der Leitindex seinen Rekord von 19.674 Punkten erreicht und trotzte damit der ungünstigen konjunkturellen Lage in Deutschland. afp
Wirtschaft

Nothilfe Uno fordert Milliarden

Genf. 305 Millionen Menschen in Not werden 2025 laut den Vereinten Nationen auf humanitäre Hilfe angewiesen sein. Kriege, Extremwetter in Folge des Klimawandels und eine ungerechte Chancenverteilung hätten viele Menschen ins Unglück gestürzt, warnte die Uno am Mittwoch. In einem Appell rufen die Uno und ihre Partner die Geber auf, 47 Milliarden Dollar für lebensrettende Hilfe in 32 Ländern und 9 Flüchtlingsregionen zu zahlen. epd